

168386-2024 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Ingenieurbüros – Gemeinde Petersberg, Neubau KiTa Margrethenhaun, Fachplanung Tragwerksplanung
OJ S 57/2024 20/03/2024
Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Kreisausschuss des Landkreises Fulda - Zentrale Vergabestelle

E-Mail: vergabe@landkreis-fulda.de

Rechtsform des Erwerbers: Lokale Gebietskörperschaft

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Gemeinde Petersberg, Neubau KiTa Margrethenhaun, Fachplanung Tragwerksplanung

Beschreibung: Gemeinde Petersberg, Neubau KiTa Margrethenhaun, Fachplanung Tragwerksplanung

Kennung des Verfahrens: ee072d45-c5c2-4e02-8c2c-d5795b2f0cee

Interne Kennung: 1300 V 084/24

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros

2.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: OT Margrethenhaun

Stadt: Petersberg

Postleitzahl: 36100

Land, Gliederung (NUTS): Fulda (DE732)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: a)Die vollständigen Vergabeunterlagen sind einsehbar und stehen zum kostenlosen Download unter der gewählten Vergabeplattform des AG zur Verfügung. b)Enthalten die Teilnahmeunterlagen nach Auffassung des Bewerbers Unklarheiten, Unvollständigkeiten oder Fehler, so hat er unverzüglich die Vergabestelle vor dem Schlusstermin für den Eingang der Teilnahmeanträge in Textform darauf hinzuweisen. c)Die Bewerbungsunterlagen sind nach der in den Eignungskriterien unter 5.1.9 vorgegebenen Reihenfolge und Nummerierung zu gliedern. Zur Bewertung ist eine schriftliche Aussage zu jedem Unterpunkt notwendig. (Siehe auch Vergabeunterlagen - Anlage 02: Wertungsmatrix Stufe 1) d)Gesonderte Formulare (z.B. Teilnahmeanträge) werden nicht ausgegeben bzw. sind nicht erforderlich. e)Der Bewerber kann nicht darauf vertrauen, dass er von der

Vergabestelle aufgefordert wird, fehlende Unterlagen nachzureichen. Die Nachforderung von Unterlagen gem. § 56 VgV liegt im Ermessen des AG. Die Aufklärung zu einzelnen Inhalten der Bewerbung behält sich die Vergabestelle vor. f)Der öffentliche Auftraggeber darf von Bewerbern nur Aufklärung über den Bewerbungsinhalt verlangen. Angaben, die mit dem Teilnahmeantrag vorliegen, dürfen aufgeklärt werden, wenn Zweifel am Inhalt besteht, der durch Auslegung nicht eindeutig ausgeräumt werden kann. Die Nachforderung von gänzlich fehlenden Inhaltsangaben ist nicht zulässig. Die Entscheidung zur Aufklärung von einzelnen Inhalten der Bewerbung behält sich die Vergabestelle vor. g)Werden mehr Referenzen als gefordert eingereicht, erfolgt eine beliebige Auswahl durch die Vergabestelle. Die Bewerber werden hiermit ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Auswahl nicht danach erfolgt, dass eine höchstmögliche Punktzahl erzielt wird. h)Erfüllen mehrere Bewerber gleichermaßen die Anforderungen, und ist nach einer objektiven Auswahl, entsprechend den zugrunde gelegten Kriterien, die Anzahl der Bewerber die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden zu hoch (exakt gleiche bzw. Höchstpunktzahl), behält sich der Auftraggeber vor, die Auswahl unter den verbleibenden Bewerbern gemäß §75 Abs. 6 VgV durch Los zu treffen. i)Bei weniger als drei Bewerbern nach Eignungsprüfung in der 1. Stufe, behält sich der Auftraggeber vor, die 2. Stufe mit einer geringeren Anzahl durchzuführen. j)Datenschutzhinweis: Gem. DSGVO Art. 6 Abs. 1 b werden im Rahmen des Vergabeverfahrens zur Verfügung gestellte, auch Personenbezogene Informationen und Daten erfasst, organisiert, gespeichert, verwendet und gelöscht. Auftraggeber, Verfahrensbetreuer und weitere beteiligte Behörden verwenden diese Daten ausschließlich für dieses Verfahren und geben diese nicht an Dritte weiter. Nach Abschluss des Vergabeverfahrens, des Förder- und Rechnungsprüfungsverfahrens und nach Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungsfrist werden die Daten gelöscht. Weitere Auskünfte zum Datenschutz sind unter dem Link: https://petersberg.de/index_main.php?alias=datenschutz_petersberg&PHPSESSID=d4e25886fdd67b6e3acf340b23ba8267 einsehbar.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: Ein Ausschluss hat zu erfolgen, wenn Ausschlussgründe nach § 123 GWB (zwingende Ausschlussgründe) vorliegen. Er kann erfolgen, wenn Ausschlussgründe nach § 124 GWB (fakultative Ausschlussgründe) vorliegen.

Konkurs: Ein Ausschluss hat zu erfolgen, wenn Ausschlussgründe nach § 123 GWB (zwingende Ausschlussgründe) vorliegen. Er kann erfolgen, wenn Ausschlussgründe nach § 124 GWB (fakultative Ausschlussgründe) vorliegen.

Korruption: Ein Ausschluss hat zu erfolgen, wenn Ausschlussgründe nach § 123 GWB (zwingende Ausschlussgründe) vorliegen. Er kann erfolgen, wenn Ausschlussgründe nach § 124 GWB (fakultative Ausschlussgründe) vorliegen.

Vergleichsverfahren: Ein Ausschluss hat zu erfolgen, wenn Ausschlussgründe nach § 123 GWB (zwingende Ausschlussgründe) vorliegen. Er kann erfolgen, wenn Ausschlussgründe nach § 124 GWB (fakultative Ausschlussgründe) vorliegen.

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: Ein Ausschluss hat zu erfolgen, wenn Ausschlussgründe nach § 123 GWB (zwingende Ausschlussgründe) vorliegen. Er kann erfolgen, wenn Ausschlussgründe nach § 124 GWB (fakultative Ausschlussgründe) vorliegen.-

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs: Ein Ausschluss hat zu erfolgen, wenn Ausschlussgründe nach § 123 GWB (zwingende Ausschlussgründe) vorliegen. Er kann erfolgen, wenn Ausschlussgründe nach § 124 GWB (fakultative Ausschlussgründe) vorliegen.

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: Ein Ausschluss hat zu erfolgen, wenn Ausschlussgründe nach § 123 GWB (zwingende Ausschlussgründe) vorliegen. Er kann erfolgen, wenn Ausschlussgründe nach § 124 GWB (fakultative Ausschlussgründe) vorliegen.

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: Ein Ausschluss hat zu erfolgen, wenn Ausschlussgründe nach § 123 GWB (zwingende Ausschlussgründe) vorliegen. Er kann erfolgen, wenn Ausschlussgründe nach § 124 GWB (fakultative Ausschlussgründe) vorliegen.

Betrugsbekämpfung: Ein Ausschluss hat zu erfolgen, wenn Ausschlussgründe nach § 123 GWB (zwingende Ausschlussgründe) vorliegen. Er kann erfolgen, wenn Ausschlussgründe nach § 124 GWB (fakultative Ausschlussgründe) vorliegen.

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: Ein Ausschluss hat zu erfolgen, wenn Ausschlussgründe nach § 123 GWB (zwingende Ausschlussgründe) vorliegen. Er kann erfolgen, wenn Ausschlussgründe nach § 124 GWB (fakultative Ausschlussgründe) vorliegen.

Zahlungsunfähigkeit: Ein Ausschluss hat zu erfolgen, wenn Ausschlussgründe nach § 123 GWB (zwingende Ausschlussgründe) vorliegen. Er kann erfolgen, wenn Ausschlussgründe nach § 124 GWB (fakultative Ausschlussgründe) vorliegen.

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: Ein Ausschluss hat zu erfolgen, wenn Ausschlussgründe nach § 123 GWB (zwingende Ausschlussgründe) vorliegen. Er kann erfolgen, wenn Ausschlussgründe nach § 124 GWB (fakultative Ausschlussgründe) vorliegen.

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: Ein Ausschluss hat zu erfolgen, wenn Ausschlussgründe nach § 123 GWB (zwingende Ausschlussgründe) vorliegen. Er kann erfolgen, wenn Ausschlussgründe nach § 124 GWB (fakultative Ausschlussgründe) vorliegen.

Falsche Angaben, verweigerte Informationen, die nicht in der Lage sind, die erforderlichen Unterlagen vorzulegen, und haben vertrauliche Informationen über dieses Verfahren erhalten.: Ein Ausschluss hat zu erfolgen, wenn Ausschlussgründe nach § 123 GWB (zwingende Ausschlussgründe) vorliegen. Er kann erfolgen, wenn Ausschlussgründe nach § 124 GWB (fakultative Ausschlussgründe) vorliegen.

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: Ein Ausschluss hat zu erfolgen, wenn Ausschlussgründe nach § 123 GWB (zwingende Ausschlussgründe) vorliegen. Er kann erfolgen, wenn Ausschlussgründe nach § 124 GWB (fakultative Ausschlussgründe) vorliegen.

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: Ein Ausschluss hat zu erfolgen, wenn Ausschlussgründe nach § 123 GWB (zwingende Ausschlussgründe) vorliegen. Er kann erfolgen, wenn Ausschlussgründe nach § 124 GWB (fakultative Ausschlussgründe) vorliegen.

Schwere Verfehlung im Rahmen der beruflichen Tätigkeit: Ein Ausschluss hat zu erfolgen, wenn Ausschlussgründe nach § 123 GWB (zwingende Ausschlussgründe) vorliegen. Er kann erfolgen, wenn Ausschlussgründe nach § 124 GWB (fakultative Ausschlussgründe) vorliegen.

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: Ein Ausschluss hat zu erfolgen, wenn Ausschlussgründe nach § 123 GWB (zwingende Ausschlussgründe) vorliegen. Er kann erfolgen, wenn Ausschlussgründe nach § 124 GWB (fakultative Ausschlussgründe) vorliegen.

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: Ein Ausschluss hat zu erfolgen, wenn Ausschlussgründe nach § 123 GWB (zwingende Ausschlussgründe) vorliegen. Er kann erfolgen, wenn Ausschlussgründe nach § 124 GWB (fakultative Ausschlussgründe) vorliegen.

Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge: Ein Ausschluss hat zu erfolgen, wenn Ausschlussgründe nach § 123 GWB (zwingende Ausschlussgründe) vorliegen. Er kann erfolgen, wenn Ausschlussgründe nach § 124 GWB (fakultative Ausschlussgründe) vorliegen.

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: Ein Ausschluss hat zu erfolgen, wenn Ausschlussgründe nach § 123 GWB (zwingende Ausschlussgründe) vorliegen. Er kann erfolgen, wenn Ausschlussgründe nach § 124 GWB (fakultative Ausschlussgründe) vorliegen.

Entrichtung von Steuern: Ein Ausschluss hat zu erfolgen, wenn Ausschlussgründe nach § 123 GWB (zwingende Ausschlussgründe) vorliegen. Er kann erfolgen, wenn Ausschlussgründe nach § 124 GWB (fakultative Ausschlussgründe) vorliegen.

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten: Ein Ausschluss hat zu erfolgen, wenn Ausschlussgründe nach § 123 GWB (zwingende Ausschlussgründe) vorliegen. Er kann erfolgen, wenn Ausschlussgründe nach § 124 GWB (fakultative Ausschlussgründe) vorliegen.

5. Los

5.1. Los: LOT-0000

Titel: Gemeinde Petersberg, Neubau KiTa Margretenhaun, Fachplanung Tragwerksplanung

Beschreibung: Die Gemeinde Petersberg beabsichtigt den Neubau einer Kindertagesstätte für 3 Gruppen (2 Gruppen Ü3 à 25 Kinder + 1 Gruppe U3 für 12 Kinder) im Ortsteil Margretenhaun. Der Neubau erfolgt auf dem Grundstück des bestehenden Kindergartens nach Abbruch des Bestandes. Geplant ist ein L-förmiger eingeschossiger Baukörper mit Staffelgeschoss in Hybridbauweise. Die erdberührten Bauteile sollen als Fertigbetonelemente ausgeführt werden, das Erd- und Obergeschoss als Holzbau. Das Flachdach über dem Erdgeschoss soll als erweiterte Außenspielfläche genutzt werden. Auf dem Dach des Obergeschosses soll eine Photovoltaik-Anlage installiert werden. Die Fassade im Erdgeschoss ist als Fassadenbegrünung geplant, das Obergeschoss soll eine unbehandelte Holzverschalung erhalten. Es ist beabsichtigt Fördermittel (Kinderbetreuungs-Finanzierung) zu beantragen. Nach überschlägiger Kostenannahme werden die Gesamtkosten der Baumaßnahme (KG 200 - 700) derzeit mit ca. 4,79 Mio. € brutto angenommen. Kennzahlen: - BGF = 1.353 m² -BRI = 5.197 m³ Terminvorschau: - Start umgehend nach Abschluss VgV - Planungsphase 2024 - Abgabe Bau- und Förderantrag bis Mitte 2024 - Bauausführung ab Ende 2024 - Gesamtfertigstellung bis Ende 2026 Verfahrensgegenstand ist die Fachplanung Tragwerksplanung (Fachplanungsleistungen nach HOAI 2021 Teil 4, Abschnitt 1, §§ 51 ff.) - stufenweise Beauftragung der Grundleistungen der Leistungsphasen 1 bis 6, -vorerst nur Stufe 1 mit LPH 1+2 einschl. zugehöriger Besonderer Leistungen, -weitere Stufen gem. Vertragsmuster nach HAV-KOM Besondere Leistungen: -Örtliche Bauüberwachung / Ingenieurtechnische Kontrolle - Bewehrungsabnahme -Örtliche Bauüberwachung / Ingenieurtechnische Kontrolle - Holzverbindungen -Nachweis Feuerwiderstandsdauer tragender Bauteile -Beratungsleistungen bei der Abbruchplanung und -durchführung nach Erfordernis Die Zielfindungsphase nach BGB / LPH 0 ist mit den vorliegenden Unterlagen im VgV abgeschlossen. Das Planungskonzept des Architekten zum Neubau der Kindertagesstätte in Petersberg OT Margretenhaun ist Grundlage für die weitere Planung. Es wurden noch keine Planungsleistungen nach HOAI Fachplanung TWP erbracht. Die Beauftragung ist entsprechend der Bereitstellung der Finanz- und Fördermittel beabsichtigt. Ein Rechtsanspruch auf die Beauftragung, sowie die Beauftragung mit weiteren Stufen oder Besonderen Leistungen, besteht nicht. Die wesentlichen Informationen können den Vergabeunterlagen (Anlage 01+02+03) entnommen werden. Hinweis: Mit Inkrafttreten der neuen Fassung der HOAI 2021 zum 01.01.2021 ist die Bindung an Mindest- und Höchstätze aufgehoben. Die Honorartafeln der HOAI 2021 weisen Orientierungswerte aus. Das Honorar

richtet sich nach der Vereinbarung, die die Vertragsparteien in Textform treffen. Der Auftraggeber weist darauf hin, dass gemäß § 7 HOAI ein höheres oder niedrigeres Honorar als die in den Honorartafeln der HOAI festgelegten Orientierungswerte vereinbart werden kann. Sofern keine Vereinbarung getroffen wurde, gilt für die Grundleistungen der jeweilige Basishonorarsatz als vereinbart.

Interne Kennung: LOT-0000

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros

5.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: OT Margrethenhaun

Stadt: Petersberg

Postleitzahl: 36100

Land, Gliederung (NUTS): Fulda (DE732)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 01/11/2024

Enddatum der Laufzeit: 31/12/2025

5.1.4. Verlängerung

Weitere Informationen zur Verlängerung: Beauftragung der weiteren Leistungsphasen der Grundleistungen nach HOAI sowie ausgewählter Besonderer Leistungen nach II.2.4).

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten

Personals sind anzugeben: Nicht erforderlich

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders geeignet für:freelance# Die angegebene Laufzeit ist geschätzt für den Zeitraum der Leistungsphasen 1-6 nach HOAI und ist abhängig von der späteren tatsächlichen Leistungserbringung und baulichen Umsetzung. Die Laufzeit beinhaltet nicht die Dauer für den Anspruch auf Mängelbeseitigung nach § 13 VOB/B.

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Kriterium:

Art: Eignung zur Berufsausübung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: a)fristgerechter Eingang der Bewerbung über die vorgegebene Vergabeplattform des Auftraggebers § 53 VgV (Ausschlusskriterium), b)Wurde die Bewerbung digital auf der vorgegebenen Vergabeplattform entsprechend den geforderten Mitteln (VGV §10) eingereicht? (Ausschlusskriterium) c)Erklärung, dass Ausschlussgründe nach § 123 und § 124 GWB nicht vorliegen, oder Einheitliche europäische Eigenerklärung (EEE) nach § 50 VgV (Ausschlusskriterium), weitere Informationen finden Sie unter:

<https://eee.evergabe-online.de/> d)Nachweis der Berufszulassung des Bewerbers nach § 44

VgV und § 75 VgV, e) Nachweis der Unterschriftsberechtigung bei juristischen Personen nach § 43 VgV, f) Erklärung, dass kein Interessenkonflikt nach § 6 VgV besteht, g) Erklärung, dass kein Bezug zu Personen, Organisationen oder Einrichtungen, denen die Auftragsvergabe nach Art. 1 Nr. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 vom 08.04.2022 (neuer Art, 5k der Verordnung (EU) Nr. 833/2014) verboten ist, vorliegt, h) Abgabe eines Firmen- oder Büroprofils mit Angabe zur Gründung, Gesellschaftsform, Eigentümer und evtl. Tochtergesellschaften und Standorten, Handelsregistrauszug mit Aussage, ob das Unternehmen ein KMU ist, i) Will sich ein Bewerber (auch als Mitglied einer Bewerbungsgemeinschaft) auf die Leistungsfähigkeit Dritter (Nachunternehmer oder Freie Mitarbeiter) berufen § 36 / 46 VgV, so ist jeweils gesondert durch diese nachzuweisen: i.1) Verpflichtungserklärung zur Eignungsleihe § 47 VgV, i.2) Angabe welche Teile des Auftrags als Unterauftrag bearbeitet werden VgV § 46 (3) Nr. 10, i.3) Erklärung zu / Erbringung der Nachweise der Unterpunkten c) bis h) i.4) Nachweis der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit nach 2.) j) Bei Bieter- oder Bewerbungsgemeinschaften nach § 43/53 VgV sind je Mitglied anzugeben: j.1) Namen der Partner mit Firmen- oder Büroprofil, j.2) Erklärung zur Rechtsform, j.3) Angabe der vollständigen Unternehmensbezeichnung durch jedes Mitglied, j.4) Benennung eines bevollmächtigten Vertreters, j.5) Erklärung der gesamtschuldnerischen Haftung durch jedes Mitglied, j.6) Organigramm zur Leistungserbringung, j.7) Erklärung zu / Erbringung der Nachweise der Unterpunkte c) bis h) durch jedes Mitglied, j.8) Nachweis der wirtschaftl. und finanziellen Leistungsfähigkeit nach 2.) durch jedes Mitglied.
Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Beschreibung des Auswahlkriteriums: a) Der Bewerber muss zum Zeitpunkt der Bewerbung eine Berufshaftpflichtversicherung bei einem in der EU zugelassenen Versicherer nachweisen, deren Deckungssumme für Personenschäden mindestens 500.000 EUR für sonstige und Sachschäden mindestens 500.000 EUR beträgt. Es sind mind. 2 Schadensfälle je Jahr abzudecken (2-fache Maximierung im Versicherungsjahr). Eine projektbezogene Aufstockung im Auftragsfall kann akzeptiert werden, eine Bestätigung ist schriftlich vorzulegen / zu erklären. Bei Versicherungsverträgen mit Pauschaldeckungen ist eine Erklärung des Versicherungsunternehmens erforderlich, dass beide Schadenskategorien im Auftragsfall parallel zueinander mit den geforderten Deckungssummen abgesichert sind. b) Erklärung über den jährlichen Umsatz des Bewerbers in € brutto für die ausgeschriebene Dienstleistung (hier: Fachplanung Tragwerksplanung) der letzten 3 Geschäftsjahre. Die maximal zu erreichende Punktzahl für das Kriterium 2. ergibt sich aus der Summe der o. g. Kriterien zu insgesamt: 10 Punkten. Ein Muster der detaillierten Wertungsmatrix mit der Gewichtung der einzelnen Auswahl- und Unterkriterien ist den Vergabeunterlagen - Anlage 02 zu entnehmen.
Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Beschreibung des Auswahlkriteriums: 3.a. Personelle Qualifikation / Berufliche Leistungsfähigkeit: Angabe der Zahl der Beschäftigten des Bewerbers im jährlichen Mittel der letzten drei Jahre für die ausgeschriebene Dienstleistung (hier: Fachplanung Tragwerksplanung): -Führungskräfte (einschl. Projektleiter/innen) -sonst. fest angestellte Beschäftigte (ohne Führungskräfte, ohne Auszubildende) Angabe Name, Qualifikation -einer projektverantwortlichen Person über die gesamte Projektdauer Die maximal zu erreichende

Punktzahl für das Kriterium 3.a. ergibt sich aus der Summe der o. g. Kriterien zu insgesamt: 5 Punkten. 3.b. Referenzobjekte / Technische Leistungsfähigkeit: Angabe / Beschreibung selbst erbrachter Leistungen bei insg. zwei Referenzen die mit der Komplexität der Planungsanforderungen der Bauaufgabe vergleichbar sind. Referenz 1: Neubau in Hybridbauweise (Beton + Holz) Referenz 2: Neubau in Holzbauweise je Referenz sind anzugeben: -Projektname / kurze Projektbeschreibung in Wort / Bild -Angabe ob Neubau (siehe geforderte Mindeststandards) -Angabe Zeitpunkt der Inbetriebnahme / Nutzungsaufnahme (siehe geforderte Mindeststandards) -Nachvollziehbare Erläuterung über die Vergleichbarkeit der Komplexität der Planungsanforderungen der Referenz mit der Aufgabenstellung -Angabe Auftraggeber, Bauherr (Anschrift, Name und Telefonnummer Ansprechpartner/in), -Vertragsverhältnis zum Bauherrn (AG), z. B. direkter Vertragspartner, Mitglied einer ARGE, oder Nachunternehmer, etc. -Projektleiter/in des Bewerbers, -Angaben zur eigenen Honorierung (z.B. Einordnung nach HOAI Parameter bzw. Honorar in EUR) der selbst erbrachten Leistungen -Angabe der Baukosten nach DIN 276 (1. Ebene - mind. für die Kostengruppen 300 und 400) -Angabe der Projekttermine (z.B. Bearbeitungszeit, Planung, Bauausführung etc.) -Angabe projektbezogener Kennzahlen (z.B. Fläche m², Volumen m³, etc.) -Angabe der selbst erbrachten Leistungen (LPH nach HOAI) insb. bei noch nicht fertig gestellten Bauvorhaben mit Angabe des aktuellen Leistungsstandes entspr. den LPH der HOAI, bei Projekten in ARGE oder mit/als NU Angabe der selbst erbrachten Teilleistungen entspr. den LPH nach HOAI. Die maximal zu erreichende Punktzahl für das Kriterium 3.a. ergibt sich aus der Summe der o. g. Kriterien zu insgesamt: 54 Punkten. 3.c. Besondere technische Leistungsfähigkeit Nennung und Beschreibung der bes. techn. Fähigkeiten bei je 2 Referenzen vergleichbarer Komplexität der Planungsanforderung zur Bauaufgabe zum Nachweis folgender Besonderen Qualifikationen / Erfahrungen: 1. Erfahrung/Kenntnisse in der Vorfertigung / Fertigteile aus Beton oder Holz 2. Erfahrung/Kenntnisse im bautechnischen Brandschutz im Holzbau 3. Erfahrung in der Zusammenarbeit mit öffentlichem Auftraggeber oder vergleichbar Bei 3.c.) kann eine Referenz ein od. auch mehrere der geforderten Referenzkriterien erfüllen, die o.g. Angaben sind dann gesondert für das jeweils zutreffende Kriterium anzugeben. Die maximal zu erreichende Punktzahl für das Kriterium 3.a. ergibt sich aus der Summe der o. g. Kriterien zu insgesamt: 20 Punkten. 3.d. Technische Leistungsfähigkeit - Ausstattung Erklärung zur techn. Leistungsfähigkeit durch Angabe der Anzahl und Ausstattung, Geräte, fachtechnische Ausrüstung (insbes. Hard-/Software, Rechnerart etc.). Die maximal zu erreichende Punktzahl für das Kriterium 3.a. ergibt sich aus der Summe der o. g. Kriterien zu insgesamt: 5 Punkten. Geforderte Mindeststandards zu 3.: - Gewertet werden Referenzen für 3.b) und 3.c) nur wenn die Inbetriebnahme ab / nach dem 01.01.2013 erfolgte. -Referenz 1 zu 3.b muss vergleichbar "Hybridbauweise (Beton + Holz)" und ein Neubau sein. -Referenz 2 zu 3.b muss vergleichbar "Holzbauweise" und ein Neubau sein. -Die Vergleichbarkeit der Referenzen für 3.b) und 3.c) hinsichtlich Schwierigkeit, Größe und Umfang ist vom Bewerber zu belegen (Textbeschrieb/ Bilder). Die bloße Benennung einer Projektbezeichnung ohne nähere Aussage ist nicht ausreichend. -Laufende Bauvorhaben werden für die Leistungsphasen nach HOAI gewertet, die bereits vollständig abgeschlossen wurden. -Bauabschnitte einer Gesamtmaßnahme werden als Einzelmaßnahme gewertet, wenn sie gesondert abgerechnet werden. Die geforderten Angaben dürfen dann nur diesen Bauabschnitt erfassen.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 5

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Bürovorstellung

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 9

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Fachkunde und Qualifikation

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 19

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Projektabwicklung, Organisation

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 12

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Kosten- und Terminsteuerung

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 13

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Verfügbarkeit, Kapazitäten

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 12

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Gesamteindruck

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 16

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Preis

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 19

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: https://www.tender24.de/NetServer/TenderingProcedureDetails?function=_Details&TenderOID=54321-Tender-18e2d413709-757b4ca9c2cfea5

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Verfahrensbedingungen:

Voraussichtliches Datum der Absendung der Aufforderungen zur Angebotseinreichung: 06/06/2024

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Zulässig

Adresse für die Einreichung: <https://www.tender24.de>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 25/04/2024 10:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 3 Monate

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Der Bewerber kann nicht darauf vertrauen, dass er von der Vergabestelle aufgefordert wird, fehlende Unterlagen nachzureichen. Die Nachforderung von Unterlagen gem. § 56 VgV liegt im Ermessen des Auftraggebers. Die Aufklärung zu einzelnen Inhalten der Bewerbung behält sich die Vergabestelle vor. Der öffentliche Auftraggeber darf von Bewerbern nur Aufklärung über den Bewerbungsinhalt verlangen. Angaben, die mit dem Teilnahmeantrag vorliegen, dürfen aufgeklärt werden, wenn Zweifel am Inhalt besteht, der durch Auslegung nicht eindeutig ausgeräumt werden kann. Die Nachforderung von gänzlich fehlenden Inhaltsangaben ist nicht zulässig. Die Entscheidung zur Aufklärung von einzelnen Inhalten der Bewerbung behält sich die Vergabestelle vor.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: nein

Zahlungen werden elektronisch geleistet: nein

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer des Landes Hessen beim Regierungspräsidium Darmstadt

Informationen über die Überprüfungsfristen: Ein Nachprüfungsantrag ist nach GWB § 160 (3) unzulässig, sofern: 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen

Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrages erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur

Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt:

Vergabekammer des Landes Hessen beim Regierungspräsidium Darmstadt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Kreisausschuss des Landkreises Fulda - Zentrale Vergabestelle

TED eSender: Beschaffungsamt des BMI

8. Organisationen

8.1. ORG-7001

Offizielle Bezeichnung: Kreisausschuss des Landkreises Fulda - Zentrale Vergabestelle

Registrierungsnummer: 06631

Postanschrift: Wörthstraße 15

Stadt: Fulda

Postleitzahl: 36037

Land, Gliederung (NUTS): Fulda (DE732)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Zentrale Vergabestelle

E-Mail: vergabe@landkreis-fulda.de

Telefon: +49 661-6006-1324

Fax: +49 661-60061311

Internetadresse: <https://www.landkreis-fulda.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Federführendes Mitglied

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-7004

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Landes Hessen beim Regierungspräsidium Darmstadt

Registrierungsnummer: 06411000

Postanschrift: Dienstgebäude: Wilhelminenstraße 1-3; Fristenbriefkasten: Luisenplatz 2

Stadt: Darmstadt

Postleitzahl: 64283

Land, Gliederung (NUTS): Darmstadt, Kreisfreie Stadt (DE711)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer@rpda.hessen.de

Telefon: +49 6151126603

Fax: +49 615112-5816

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-7005

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Landes Hessen beim Regierungspräsidium Darmstadt

Registrierungsnummer: 06411000

Postanschrift: Dienstgebäude: Wilhelminenstraße 1-3; Fristenbriefkasten: Luisenplatz 2

Stadt: Darmstadt

Postleitzahl: 64283

Land, Gliederung (NUTS): Darmstadt, Kreisfreie Stadt (DE711)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer@rpda.hessen.de

Telefon: +49 6151126603

Fax: +49 615112-5816

Rollen dieser Organisation:

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

8.1. ORG-7006

Offizielle Bezeichnung: Beschaffungsamt des BMI

Registrierungsnummer: 994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 9ced2fd6-4412-4e29-84e2-f36ce63b44d2 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 19/03/2024 13:46:12 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 168386-2024

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 57/2024

Datum der Veröffentlichung: 20/03/2024